

Manuela Branz
Leonhardtstraße 1
30175 Hannover
Manuela.Branz@gmx.de

NDR Rundfunkrat
Rothenbaumchaussee 132
20149 Hamburg

**Betreff: Programmbeschwerde zur Tagesschau-Berichterstattung vom 7.9.2025
über “Folter und sexuelle Gewalt gegen Palästinenser in israelischen
Gefängnissen”**

Hannover, den 30.9.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit legen wir formell Beschwerde gemäß §26 Abs. 2 MStV ein und fordern eine umfassende Prüfung der Berichterstattung der Tagesschau vom 7.9.2025 um 20 Uhr, vorgestellt von Sophie von der Tann, zum Thema “Folter und sexuelle Gewalt gegen Palästinenser in israelischen Gefängnissen”.

„Folter“ ist ein Vorwurf, der den Ruf eines Staates nachhaltig schädigen kann. Wir bitten Sie, Stellung zu dieser tendenziösen Berichterstattung zu nehmen.

Wesentliche Beanstandungen

1. Einseitige Berichterstattung:

Der Beitrag vermittelt den Eindruck systematischer Folter in israelischen Gefängnissen an Palästinensern, ohne eine ausgewogene Gegenposition angemessen einzubeziehen. Einer israelischen Perspektive wird keinen Raum gegeben. Die Stellungnahme israelischer Behörden wird am Ende des Beitrags kurz abgetan und erscheint nicht als gewichtige Gegenseite. Es gibt keine Foto- bzw. Videoaufzeichnungen, die die Vorwürfe belegen. Diese Einseitigkeit hat den Charakter von Propaganda.

2. Fehlende Verifizierbarkeit:

Der Vorwurf, Sami Assai sei in einem israelischen Gefängnis gefoltert worden, ist nicht verifizierbar. Dieser bedeutende Umstand wird im Beitrag von Sophie von der Tann zunächst nicht erwähnt. Auch werden dem Zuschauer keine weiteren Informationen über den Journalisten Sami Assai geliefert. Erst nachdem die Geschichte des Mannes mit emotionalisierenden Bildern aufbereitet gezeigt wurde, erwähnt Sophie von der Tann die Nichtverifizierbarkeit seiner Aussagen. Angesichts der Schwere dieser Vorwürfe wäre es journalistisch geboten, einen Interviewpartner zu suchen, der verifizierbare Aussagen macht. Sami Assai wird als Journalist bezeichnet. Nachprüfen lässt sich nicht einmal diese Behauptung.

Hingegen ergibt eine kurze Recherche Folgendes: Dieser palästinensische "Journalist" hat schon 2017 von Folterung und Vergewaltigung berichtet, allerdings in einem Gefängnis der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die Palästinensische Journalistenvereinigung hielt seine Geschichte für unglaublich, Sami Assai zog sie später selbst zurück. Es hätte also nicht viel Recherche gebraucht, um zu sehen, dass mit diesem "Journalisten" etwas nicht stimmt.

3. Quellenkritik mangelhaft:

Die nicht belegbaren Aussagen Sami Assamis werden durch die Behauptung der Mitarbeiterin einer NGO („Public Committee Against Torture in Israel“) ergänzt, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen würden ähnliche Fälle kennen. Diese Menschenrechtsorganisationen werden jedoch nicht namentlich genannt, auch nicht, welche Vorwürfe gegen Israel konkret im Raum stehen. Mit den Aussagen dieser NGO, die sich einseitig gegen Israel positioniert und von Israel als „Apartheidstaat“ spricht, soll der Geschichte Assais Glaubwürdigkeit verliehen werden.

Die NGO „Public Committee Against Torture in Israel“ (PCATI) hat in der Vergangenheit mehrere Falschbehauptungen über Israel veröffentlicht, so 2014, dass palästinensische Menschen, sogar Kinder, in Käfigen in israelischen Gefängnissen gehalten würden. Die NGO musste diese Behauptung zurücknehmen. PCATI verbreitet regelmäßig nicht überprüfbare Vorwürfe über Folter durch Israel und nutzt diese als Grundlage für Diffamierungskampagnen in internationalen Foren. Dem Beitrag von Sophie von der Tann mangelt es angesichts dieser Fokussierung auf PCATI an Transparenz und überprüfbarer Quellenbasis.

Wirkung und Einordnung:

Am 7. Oktober 2023 überfielen Hamas-Anhänger jüdische Wohngebiete und Veranstaltungen. Über 1200 Menschen starben, mehr als 200 Geiseln wurden verschleppt. Es ist besonders perfide, wenn es nun im Beitrag heißt, die Häufigkeit von Folter an Palästinensern hätte seit dem 7. Oktober zugenommen (Tal Steiner, PCATI), ohne dieses Massaker der Hamas an israelischen Menschen auch nur zu erwähnen. Die Vermutung liegt nahe, dass mit der Platzierung dieser Aussage an dieser Stelle beabsichtigt wird, dass Zuschauer mit dem 7. Oktober künftig nicht mehr israelisches, sondern palästinensisches Leid verbinden. Der 7. Oktober soll eine Bedeutungsveränderung erfahren.

Hierzu braucht es das Narrativ, Israel sei ein Unrechtsstaat. Ein Staat, der Folter anwendet, fällt moralisch hinter die Normen rechtsstaatlicher Länder zurück und verliert jedes Ansehen als demokratischer Akteur. Durch entsprechende Vorwürfe wird Israel in die Rolle eines blind reagierenden Aggressors gedrängt, der sich nicht mit unseren Maßstäben eines Rechtsstaats vereinbaren lässt. Diese Einordnung begünstigt eine Dämonisierung Israels.

Der Beitrag vom 7.9.2025 reiht sich damit ein in eine Folge anti-israelischer Beiträge von Sophie von der Tann. Er markiert dabei durch die nicht verifizierbaren Foltervorwürfe und Vorwürfe sexueller Gewalt einen Tiefpunkt. Immer deutlicher und unverblümt tritt der propagandistische Charakter der Beiträge zutage. Aufgrund des enormen Einflusses der Tagesschau auf die Gesellschaft ist dies nicht hinnehmbar. Wenn die Tagesschau wiederholt nicht verifizierbare, tendenziöse Beiträge sendet, schadet das nicht nur hier lebenden jüdischen Menschen, sondern vor allem auch dem Ansehen einer wichtigen Instanz. Und damit der Demokratie.

Konkrete Fragen an die Redaktion:

- Warum wurde die israelische Perspektive nur kurz am Ende genannt, obwohl sie wesentlich zur Wahrhaftigkeit der Berichterstattung gehört?
- Welche verifizierbaren Belege lagen vor für die Behauptung von Folter und sexueller Gewalt, und warum wurden sie dem Zuschauer nicht transparent präsentiert?
- Welche Kriterien galten bei der Auswahl der zitierenden NGO, und warum wurden alternative Stimmen oder unabhängige Erfahrungsberichte nicht ausreichend berücksichtigt?
- Welche internen Prüfungen oder Ombudsmann-Checks gab es vor Ausstrahlung des Beitrags?

Forderungen:

Wir fordern die Veröffentlichung einer ausführlichen Gegendarstellung/Erklärung der Tagesschau zu den genannten Vorwürfen, inklusive Kontext und Belegdrang.

Daneben fordern wir die Offenlegung der Rechercheprozesse: Quellen, Prüfkriterien, Zeitpunkte der Verifizierung, und bitten um die Nennung aller interviewten Personen und deren Zuverlässigkeit.

Eine Prüfung durch einen unabhängigen Ombudsmann bzw. Redaktionsrat; Veröffentlichung der Ergebnisse sollte erfolgen.

Ebenfalls sind wir an einer Überarbeitung zukünftiger Beiträge zu sensiblen Konfliktfeldern inklusive strengeren Standards zur Quellenvielfalt, Gegenseiten und faktenbasierter Einordnung interessiert.

Wir fordern zudem die Entlassung von Sophie von der Tann.

Belege/Anhang:

- 1) <https://advox.globalvoices.org/2017/02/27/palestinian-journalist-describes-days-of-torture-mysterious-injections-by-palestinian-intelligence/>
- 2) https://ngo-monitor.org/ngos/public_committee_against_torture_in_israel_pcati/

Wir bitten um schriftliche Bestätigung des Eingangs sowie eine Stellungnahme zu den genannten Punkten innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist.

Mit freundlichen Grüßen

Manuela Branz, Hannover

Unterzeichnerliste:

Detlef Romeike, Tornesch
Kathrin Massong, Hamburg
Gabriele von Lutzau,
Ina Hellmer, Tornesch
Margit Jäkel, Berlin
Oliver Wrede, Berlin
Heike Mang-Puffalldt, Wendlingen am Neckar
Prof. Dr. Balbina Bäßler-Nesselrath, Stv. Vorsitzende der DIG e.V. Arbeitsgemeinschaft Göttingen
Arno von Levgerke, 22395 Hamburg
Hamideh Kazemi, Hamburg
Susanne Offen, Lüneburg
Yvonne Matthiessen, Elmshorn
David Seldner, Dipl.-Mathematiker, Karlsruhe
Barbara Rosenthal, Köln
Regina Laudahn, Neuss
Kerstin Schnitzler, Potsdam
Stephan Grammel, Berlin
Werner Gaßner,
Ilona C. Konrad, 67575 Eich
Marita Bühler, 67575 Eich
Constanze Weiske,
Dr. Silvia Schiemann-Hanisch, Leverkusen
Kathrin Massong, Hamburg
Mirjam Fischer, Freiburg
Sören Reiche, Jork
Marcus Gottschalk
Birte und Klaus Jordt, Hannover
Liv Teichmann, Gleichen
Susanne, Levi-Schlesier, Göttingen
Prof. Dr. Elisabeth Schilling, Hannover
Petra Weßling, Hannover
Michael Langfeld, Hannover
Stefanie und Detlef Bertram, Wedemark
Mathias Wegner, Meinersen
Michael Höntsch, Hannover
Fiona Schmidt, Walsrode
Matthias Rau, Winsen (Aller)
Clemens Kurek, Hannover
Ute Stautmeister, Hannover
Klaus Bause, Sehnde
Sandra Plath, Frankfurt
Sybille Gleich, Berlin und Lanzarote
Wolfram Böhme, Ingolstadt
Mirjam von Bodelschwingh, Eydelstedt
Alexander Jedamzick, Bad Grund (Harz)
Bettina Stoll, Hannover
Ina Sander, Hannover
Julia Fomenko, Hannover
Alexander Fomenko, Hannover
Prof. Dr. Hans-Jörg Jacobsen, Garbsen

Katy Hübner, Hannover
Sara Yazdani, Rethen
Michael Schikowski, Rethen
Karen Beatrice Wegner, Meinersen (Antisemitismusbeauftragte Gymnasium Philipp Melanchthon
Gymnasium, Meine)
Charlotte Geva, München
Dr. Regine Gattwinkel, 38547 Calberlah (bei Wolfsburg)
Suzanne Turré, 60323 Frankfurt/ Main
Barbara Rosenthal, Köln
Kerstin Schnitzler, Potsdam
Petra Dessoi 61137 Schöneck
Gerd Steimer 61137 Schöneck